

Rechtsextremismus in Ostdeutschland – Spezifik oder Ossifizierung? Kategorien für eine mehrbenenanalytische Betrachtung

Heike Radvan

ABSTRACT: Ausgehend von einem Fall im Bundesland Brandenburg argumentiert der Artikel für eine regionalspezifische, historisch-rekonstruktive Analyse extrem rechter Erscheinungsformen. Zusammenfassend wird nachgezeichnet, wie der Diskurs über Rechtsextremismus in Ostdeutschland seit den frühen 1990er Jahren verlaufen ist. Der kritische Blick auf den ‚Braunen Osten‘ als Diskurs bedeutet dabei nicht, die durch Forschung und Monitoring belegte Gewalt sowie die Strukturen, die damit in Beziehung stehen, als Erfindung abzutun. Vielmehr lässt sich eine Spezifik extrem rechter Erscheinungsformen in Ostdeutschland nachzeichnen. Zugleich gilt es, die Gleichzeitigkeit zweier Phänomene zu berücksichtigen: Das pauschal abwertende Reden über ‚den Osten‘ und die damit verbundene Entlastung für ‚den Westen‘. Der Artikel fragt, welche Bedingungen berücksichtigt werden sollten, um die extreme Rechte in Ost- und Westdeutschland differenziert zu betrachten. Für eine solche differenzierte Erforschung von Rechtsextremismus werden Kategorien vorgeschlagen, die eine fallspezifische Mehrebenenanalyse ermöglichen und damit versuchen, geografisch-historische sowie aktuelle Entwicklungen angemessen zu behandeln. Ziel ist es, über determinierende und vereinseitigende Zuschreibungen des ‚Braunen Ostens‘ hinauszukommen, gleichzeitig Spezifika untersuchen und Erkenntnisse benennen zu können.

SCHLAGWORTE: Rechtsextremismusforschung, extreme Rechte, Ostdeutschland, Ossifizierung, Mehrebenenanalyse, Rechtsextremismus und Schule

ZITIERVORSCHLAG: Radvan, H.: Rechtsextremismus in Ostdeutschland – Spezifik oder Ossifizierung? Kategorien für eine mehrbenenanalytische Betrachtung. In: Berliner Blätter 91, 103 – 115, DOI: 10.60789/911189.

Hinführung – ein Beispiel aus Brandenburg

Im April 2023 thematisieren zwei Lehrkräfte in einem offenen Brief, den sie an verschiedene Zeitungen schicken, sowie in darauffolgenden Interviews das von ihnen an einer Schule in Südbrandenburg wahrgenommene Problem mit Rechtsextremismus. Sie schildern darin: Schüler_innen zeigen den Hitlergruß, äußern sich NS-verherrlichend („Arbeit macht frei“) und regelmäßig tauchen Hakenkreuze auf Möbeln oder an Wänden auf. Gleichzeitig bleibt

eine Positionierung von Lehrer_innen aus, die Schulleitung erstattet trotz strafbarer Handlungen wie Volksverhetzung keine Anzeige, obwohl sie wiederholt dazu aufgefordert wird; nicht rechte Schüler_innen werden beleidigt, gemobbt und haben Angst, in die Schule zu gehen (Fröhlich 2023; Schiller/van Capelle 2023). Im Zuge der medialen Thematisierung geraten die beiden Lehrer_innen an ihrer Schule unter Rechtfertigungsdruck. Das verstärkt sich, als das zuständige Schulamt mit dem Verweis auf mögliche Disziplinarverfahren reagiert (Weser/Baumert 2023). Während die beiden Lehrer_innen vor Ort zunehmend diskreditiert werden und als verantwortlich gelten für einen Diskurs, der als Imageschaden für die touristische Region gelesen wird, erhalten sie Unterstützung von regionalen und überregionalen Medien sowie von Politiker_innen der Bundesebene. Infolge der öffentlichen Aufmerksamkeit werden die in Aussicht gestellten beziehungsweise angedrohten Disziplinarmaßnahmen zurückgenommen und seitens der Schulbehörde Gesprächsbereitschaft signalisiert (Halpick/Weser 2023).

Bereits am Beginn der Berichterstattung wird deutlich, dass es sich bei der Problematik nicht um einen Einzelfall handelt (Schönborn 2023; Pauli 2023): Aus Gründen des Schutzes berichten die Lehrer_innen zunächst anonym; als mehrere Schulen bei Journalist_innen nachfragen, ob denn ihre Schule gemeint sei, wird das Ausmaß von Rechtsextremismus an Schulen in der Region deutlich. Mit der Berichterstattung wird der Blick zudem geweitet auf die jeweiligen Gemeinwesen: Beschrieben werden extrem rechte¹ Vorfälle, Vernetzungen rechter Gruppen in die lokale Wirtschaft, das Ehrenamt etc., sowie das Wahlpotenzial rechter Parteien (Schönborn 2023; ARD Kontraste 2023). Schule stellt sich somit nicht als ein isoliertes Symptom dar. Erkennbar werden Dominanzbestrebungen (extrem) rechter Gruppierungen, eine Veralltäglichsung rechter Gewalt, die marginalisierte Situation demokratischer zivilgesellschaftlicher Akteure (ebd.) und eine mögliche Tradierung entsprechender Einstellungen in innerfamiliären Diskursen und stadtgesellschaftlichen Strukturen (Radvan 2023). Als das Ausmaß deutlich wird, gründen kritische Lehrkräfte und Eltern von Schüler_innen, die von Alltagsrassismus und rechter Bedrohung betroffen sind, sowie weitere Engagierte ein Bündnis für demokratische Schule. Dem Bündnis gelingt es für mehrere Wochen sehr gut, die Problematik öffentlich zu vermitteln und einen notwendigen Veränderungsprozess an Schulen in der Region einzufordern (RBB 2023). Auch wenn es lokalen und überregionalen Journalist_innen durch ihre kritisch-engagierte Berichterstattung über einen vergleichsweise langen Zeitraum gelingt, zuständige Politiker_innen auf Landesebene und kommunal in Verantwortung zu bringen und Veränderung einzufordern, muss bereits wenige Monate nach Beginn der Debatte konstatiert werden, dass dieser eingeforderte Prozess zum Erliegen gekommen ist. Die beiden Lehrkräfte, die zuallererst Verantwortung für ihre Schüler_innen übernommen haben, reichen Versetzungsanträge ein und werden zum neuen Schuljahr an andere Schulen versetzt (ZDF Heute 2023). Dies ist eine Folge der zu geringen, teils vollständig ausbleibenden Unterstützung von Kolleg_innen, Schulleitung sowie ministeriell und behördlich Verantwortlichen. Nicht zuletzt ist es eine Folge öffentlich sichtbarer Bedrohungen durch extrem rechte Akteure vor Ort und eines Angriffs im Sozialraum gegen einen Lehrer (DLF 2023). Die Betroffenen haben zu ihrer eigenen Sicherheit die Konsequenzen gezogen. Die notwendige Absetzung der Schulleitung erfolgt erst im neuen Schuljahr (Zeit online 2023) und damit zu verzögert, um eine kritische Auseinandersetzung zu befördern und diejenigen Stimmen zu unterstützen, die neben den beiden Lehrer_innen an der Schule für solch einen Veränderungsprozess eintraten. Aktuell ist kein Bestreben vonseiten der Landespolitik, der Schulbehörde oder der zuständigen Akteure der Rechtsextremismusprävention² erkennbar, das Geschehene

aufzuarbeiten. Vielmehr scheint die Hoffnung beziehungsweise ein Trugschluss darüber zu bestehen, dass ein Beschweigen und Ignorieren das Problem unsichtbar oder weniger virulent mache.

Was nun hat diese Hinführung mit dem Thema dieses Artikels zu tun? Das hier beschriebene Geschehen wäre meiner Einschätzung zufolge in dieser Form in Westdeutschland ebenso wie in einigen Kommunen in Ostdeutschland aktuell *so* nicht vorstellbar. In den öffentlichen Debatten der 1990er und 2000er Jahre überwiegt eine Darstellung, die von stereotypisierenden Zuschreibungen wie dem ‚Braunen Osten‘ und ‚Dunkeldeutschland‘ geprägt ist (Heft 2018). Der Blick auf den ‚Braunen Osten‘ als Diskurs bedeutet jedoch nicht, die Gewalt und die Strukturen, die damit in Beziehung stehen, als Erfindung abzutun. Dem Diskurs liegen durchaus statistische und materielle Realitäten zugrunde. Insofern haben wir es mit einer Gleichzeitigkeit zweier Phänomene zu tun, die berücksichtigt werden müssen. So gibt es das pauschale und abwertende Reden über ‚den Osten‘ und die damit verbundene *Entlastung* für den Westen. Gleichzeitig existiert ein *spezifisches* Problem im Osten. Im Artikel³ frage ich danach, (1) wie der Diskurs über Rechtsextremismus in Ostdeutschland seit den frühen 1990er Jahren und danach verlaufen ist und (2), welche Bedingungen Forschung berücksichtigen sollte, um eine differenzierte Thematisierung der extremen Rechten in Ost- und Westdeutschland zu ermöglichen. Ich schlage Kategorien für die Erforschung von Rechtsextremismus vor, mit denen eine fallspezifische Mehrebenenanalyse ermöglicht wird, und somit versucht werden kann, geografisch-historischen sowie aktuellen Entwicklungen angemessen zu entsprechen. Ziel ist es, über determinierende und vereinseitigende Zuschreibungen des ‚Braunen Ostens‘ hinauszukommen; gleichzeitig werden Spezifika untersuchbar und Erkenntnisse benennbar. Insofern schreibe ich diesen Artikel aus einer analytisch-programmatischen Perspektive, die gleichzeitig Erfahrungen Betroffener rechter Gewalt und Bedrohung berücksichtigt (Raab/Radvan 2023), die seit vielen Jahren Ostdeutschland aus Gründen der persönlichen Sicherheit verlassen haben. Viele von ihnen verweisen darauf, dass ihr Alltag in hohem Masse eingeschränkt war und ihre Gestaltungsmöglichkeiten an einem anderen Ort (in Westdeutschland) ungleich positiver und höher sind. Sie beschreiben, dass sie ihren Umzug rückblickend als notwendig erachten, gleichwohl sie ihn bedauern, da sie im kollektiven Engagement für eine demokratische Alltagskultur eine wichtige Aufgabe sehen.

Von der Externalisierung und Zuschreibung zur Differenzierung

Bereits in den frühen 1990er Jahren wird eine mögliche Spezifik extrem rechter Erscheinungsformen in den Bundesländern auf dem Gebiet der ehemaligen DDR sowie deren Ursachen in der Forschung und im öffentlichen Diskurs thematisiert. Anlass waren der deutliche Anstieg von Todesopfern rechter Gewalt nach 1989, extrem rechte Mobilisierungen, Pogrome und pogromartige Übergriffe, deren öffentliche Darstellung zunächst auf die ostdeutschen Orte Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen begrenzt blieb.⁴

Für diejenigen Akteure, die bereits in den 1990er Jahren im öffentlichen Diskurs und durch Politikberatung versuchten, auf die spezifische Problematik des Rechtsextremismus und die Situation der davon Betroffenen in den sogenannten neuen Bundesländern hinzuweisen, war es oft schwierig, Gehör und Unterstützung zu finden (Kahane 2004). Über rechte Gewalt wurde – und das betrifft West- und Ostdeutschland gleichermaßen – meist nur anlassbezogen, nicht jedoch kontinuierlich oder vertiefend berichtet. Der Verweis auf eine Spezifik in Ostdeutschland wurde entweder stereotypisierend skandalisiert bzw. ‚bestätigt‘, als unzutreffende Übertreibung zurückgewiesen oder ihm wurde mit schlichtem Desinteresse

begegnet (ebd.). Dies beginnt sich zu ändern, als die rot-grüne Bundesregierungscoalition im Jahr 2001 mit dem Teilprogramm *CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern* den Fokus weg von einer täterzentrierten Arbeit⁵ hin zur Förderung demokratischer zivilgesellschaftlicher Projekte legt und dabei die spezifischen Bedingungen in Ostdeutschland als Rahmen der Arbeit berücksichtigt (Rommelspacher u. a. 2003).

Eine Kritik an einer externalisierenden Zuschreibung eines ‚Braunen Ostens‘, die zuallererst dazu diene, ‚den Westen‘ als unproblematisch und demokratisch(er) darzustellen (Heft 2018), wird seit 2012 hörbarer. So verweist der Soziologe Stephan Lessenich darauf, dass die Mitverantwortung für den Wiedervereinigungsprozess „der westdeutschen politischen, wirtschaftlichen und medialen Eliten öffentlich keine Rolle spielen“ (Lessenich 2012, 111). Er wendet damit den Blick ab von Erklärungsmustern, mit denen die Ursachen für rechte Einstellungen und Gewalt vereinseitigend in den Sozialisationsbedingungen der DDR verortet wurden. Vielmehr fragt er nach den Strukturbedingungen und Auswirkungen des Transformationsprozesses. Mit dem „Konzept Ossifizierung“ (Heft 2018, 364) entwirft die Kulturwissenschaftlerin Kathleen Heft (2018, 364-365; 2020) ein Analyseinstrument, mit dem die Veränderung ‚des Ostens‘ in öffentlichen Diskursverläufen inhaltlich und hinsichtlich deren Funktion für die jeweils sprechende Person(engruppe) spezifiziert werden kann. Sie schließt damit an Forschung über Diskursverläufe und Zuschreibungspraxen im Ost-West-Verhältnis an und bezieht diese neben dem Bild der „ostdeutschen Kindsmörderin“ (Heft 2020) auf das Stereotyp vom „Braunen Osten“ (Heft 2018). Kathleen Heft plädiert dafür, „neoreaktionäre Phänomene im Osten Deutschlands als Produkt einer, im doppelten Wortsinn, geteilten Vergangenheit und Gegenwart in Deutschland und Europa in den Blick zu nehmen“ (ebd., 365). Damit ließen sich „gleichermaßen aktuelle und historische Spezifika einer ostdeutschen Neoreaktion herausarbeiten, ohne sie als isolierte Phänomene zu begreifen“ (ebd.).

Für entsprechende Differenzierungen und die Erweiterung der Analyse um die Bedingungen der Transformationszeit und gesamtdeutschen Gegenwart plädieren ebenfalls der Rechtsextremismusforscher Matthias Quent (2016) und der Soziologe Raj Kollmorgen (2022). Wenn auch in der Darstellung unterschiedlich ausführlich, verweisen alle drei Autor_innen auf zwei Entwicklungen. Erstens: Entwicklungen des Rechtsextremismus und -terrorismus in Westdeutschland nach 1945 ebenso wie nach 1989. Sie widerlegen somit das Bild eines ‚demokratischeren Westens‘, in dem es kein signifikantes Problem mit Rechtsextremismus gäbe. Ebenso übereinstimmend benennen die Autor_innen zweitens die Existenz extrem rechter Gruppierungen, ihrer Ideologisierung sowie rassistischer und antisemitischer Gewalt in den 1980er Jahren der DDR, deren Entwicklung bereits in den 1970er Jahren beginnt. Sie widersprechen damit der These, beim Rechtsextremismus in Ostdeutschland handele es sich um eine Art ‚Westimport‘, wie es nicht nur im öffentlichen Diskurs immer wieder behauptet wird (zuletzt Oschmann 2023).⁶ Vielmehr sei es notwendig, sowohl bestehende Forschungsdesiderate in Bezug auf extrem rechte Entwicklungen in der DDR weiter zu schließen, als auch die Transformationszeit mit ihren diversen Einflüssen und Bedingungen vertiefend zu untersuchen. Hinsichtlich einer Differenzierung im Ost-West-Vergleich benennen die drei Autor_innen die Ebenen der Einstellungen, das Wahlverhalten und Ausmaß rechter Gewalt. Für weitere Forschung schließe ich hier an; wobei ich für eine Hinzunahme weiterer Ebenen argumentiere sowie eine Systematisierung von deren Binnenverhältnissen. Welche Kriterien also braucht es, um eine Spezifik (extrem) rechter Erscheinungsformen regional zu analysieren, ohne Vereinseitigungen oder Zuschreibungen an ‚den Osten‘ beziehungsweise im Ost-West-Vergleich zu (re)produzieren?

Kategorien für eine regionalspezifische Mehrebenenanalyse

Seit mehreren Jahren haben sich in der Rechtsextremismusforschung vergleichende Ansätze etabliert, mit denen mögliche Spezifika in begründet ausgewählten Regionen oder Kommunen untersucht werden.⁷ Möglich wird eine „mikroregionale Differenzierung, beispielsweise zwischen abgehängten und prosperierenden Regionen, welche in Ost- und Westdeutschland anzutreffen sind“ (Quent 2016, 113). Bisher fehlt jedoch eine Konzeptualisierung, mit der systematisch mehrere Aspekte für das Entstehen und die Reproduktion (extrem) rechter Erscheinungsformen – über eine sozioökonomische Perspektive hinaus – analytisch erhoben und vergleichend auch mit Blick auf etwaige Ost- oder West-Spezifika ausgewertet werden können. Ich schlage daher im Folgenden mehrere Kategorien für eine regionalspezifische Mehrebenenanalyse⁸ vor, die Vergleichsforschung unterschiedlicher Disziplinen oder transdisziplinär ermöglichen können. Diese Kategorien können an dieser Stelle lediglich kurz skizziert werden.

1. Zustimmung zu autoritären und rechtsextremen Einstellungsmustern

Die Zustimmung zu autoritären und rechtsextremen Einstellungen verläuft im West-Ost-Vergleich nach 1989 sehr unterschiedlich (Quent 2016, 109-110). Während Erhebungen in den frühen 1990er Jahren deutlich höhere Zustimmungswerte in Westdeutschland ergaben, gleichen sich die Daten im Langzeitverlauf an. Mit der über zehn Jahre angelegten Forschung zum Syndrom Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wird eine Vergleichbarkeit der Daten im zeitlichen Verlauf möglich; die Modifikation verschiedener Items und die Erweiterung von Syndromelementen ermöglichen differenzierende Aussagen, auch im Ost-West-Vergleich (Heitmeyer 2002-2012). Seit mehreren Jahren zeigt sich ein Trend, der auf höhere Zustimmungswerte zu rechtsextremen Einstellungen in Ostdeutschland deutet, vor allem hinsichtlich der Items zu Alltagsrassismus, Geschichtsrevisionismus, Chauvinismus und demokratieablehnenden Aussagen (Decker/Brähler 2020; Decker u. a. 2022).

2. Wahlverhalten

Im zeitlichen Verlauf zeigen sich hinsichtlich des Wahlverhaltens belastbare Unterschiede im Ost-West-Vergleich.⁹ So erreichte die NPD in den 2000er Jahren in etlichen ostdeutschen Kommunen ein zweistelliges Ergebnis, in einigen Städten und Kreisen sogar über 20 Prozent Stimmenanteil. Auch hinsichtlich der AfD-Wähler_innenstimmen lässt sich bei den Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen eine deutlich höhere Zustimmung im Osten verzeichnen. Zu beobachten ist eine *nachholende Entwicklung* in Westdeutschland; die Zustimmungswerte steigen aktuell deutlich.

3. Extrem rechte Gewalt aus Perspektive verschiedener Betroffenenengruppen

In Ostdeutschland ist eine besonders hohe Gewaltbereitschaft rechtsextremer Akteure zu verzeichnen, die bereits zu DDR-Zeiten erkennbar ist (Quent 2016, 105). Der Sozialwissenschaftler Daniel Kubiak (2022, 115) konstatiert, „dass seit 1990 in den neuen Bundesländern (92) und Berlin (18) nahezu genauso viele rechte Morde zu verzeichnen waren wie in den

alten Bundesländern, obwohl letztere fast fünfmal so viele Einwohner:innen haben.“ Rechte Gewalt ist „ganz offensichtlich eine relevante und relativ höhere Bedrohung für Menschen in ostdeutschen Dörfern und Städten“ (ebd.). Dass es dennoch Erfahrungen von politisch linken, migrantifizierten und/oder jüdischen Jugendlichen in bestimmten, zumeist ländlich geprägten Regionen Westdeutschlands in den 1990er Jahren gegeben hat, die an Schilderungen von Betroffenen der „Baseballschlägerjahre“ (Bangel 2020) erinnern, zeigt Stella Leder (2021) in ihrem Buch zu ihrer jüdischen Familiengeschichte. Sie schildert, wie sie gemeinsam mit einer Freundin in einer dörflichen Region Hessens von Neonazis verfolgt und gehetzt wurden und weder Schutz noch Gehör fanden.

Die Auswirkungen extrem rechter Dominanzbestrebungen, rechter Gewalt sowie von Alltagsdiskriminierung zeigen sich für verschiedene Betroffenenengruppen im Gemeinwesen verschieden (für das Beispiel Cottbus vgl. Raab/Radvan 2023). Es bedarf dementsprechend fokussierter Forschung, um die Folgen angemessen analysieren zu können.

4. Professionalisierung, Diversität und Vernetzung demokratischer Zivilgesellschaft

Ein Kriterium für die Resilienz demokratischer Alltagskultur und entsprechende Gegenwehr gegen extrem rechte Bestrebungen besteht in einer Zivilgesellschaft, die als demokratisch, professionell, divers und gut vernetzt beschrieben werden kann (Radvan 2022). Historisch betrachtet, hätte es bereits in den 1990er Jahren einer Förderung solcher Strukturen in Ostdeutschland bedurft. Mittlerweile liegt erste Forschung zu basisdemokratischen Gruppen und Selbstorganisationen in den 1980er Jahren der DDR vor. Sie zeigt, dass es sich hierbei nicht um eine komplette Leerstelle handelt, gleichwohl die Bedingungen in der DDR ungleich schwieriger waren.

In der Forschung zu Rechtsextremismus erfährt die Untersuchung von Gegenbewegungen weniger Beachtung als die zweifelsohne notwendige Forschung zu rechten Akteuren und Gruppen. Häufig unbeachtet bleiben demokratisch und antifaschistisch Engagierte, die sich mit sehr viel Mut und Risikobereitschaft – deutlich mehr als im Westen nötig – gegen Neonazis und für Demokratie engagieren. Zahlreiche Graswurzelprojekte gibt es seit 1990. An manchen – oft kaum bekannten Orten – stellen sie sich seit 30 Jahren gegen rechte Kameradschaften und Parteien, argumentieren mit einer Bevölkerung und politisch Verantwortlichen, die keine Aufmerksamkeit für rechte Strukturen wünschen und demokratisch Engagierte als ‚Nestbeschmutzer_innen‘ stigmatisieren (Jänicke/Paul-Siewert 2017). Insofern gilt es in diesem Zusammenhang immer, auch das Verständnis politischen Handelns von Lokalpolitik und Verwaltungsebenen zu untersuchen. Die Auswirkungen einer marginalisierten, weitgehend machtlosen demokratischen Zivilgesellschaft lassen sich besonders in Regionen beobachten, in denen die extrem rechten Dominanzbestrebungen sich stärker durchsetzen konnten (Raab/Radvan 2023; zuletzt Bangel 2023).

5. Extrem rechte Mobilisierung¹⁰

Rechten Gruppierungen gelingt es in unterschiedlichen Regionen sehr verschieden, Menschen für ihre Ideologie und zu Protesten zu mobilisieren. In vielen ländlichen, aber auch urbanen Regionen Ostdeutschlands war die hohe Mobilisierungsfähigkeit zu asylfeindlichen Protesten in den Jahren 2015 und 2017, zur Pandemie 2019 bis 2021 und anlässlich des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine 2022/23 deutlich sichtbar. Gleichermäßen gab

es pandemiebezogene Proteste ebenfalls in Baden-Württemberg; auch verschiedene Gida-Gruppierungen¹¹ und das rassistische Stereotyp vom ‚übergroßen Fremden‘ (u. a. in Kandel und Köln) hatten in westdeutschen Kommunen deutlich erkennbares Mobilisierungspotenzial.

6. Rekonstruktion des historischen Gewordenseins dominanter Alltagskulturen

Es braucht zudem eine lokalhistorisch rekonstruierende Perspektive, um aktuelle Spezifika angemessen beschreiben zu können. Raj Kollmorgen (2022, 34) unternimmt den Versuch, hierfür mehrere Jahrhunderte ostdeutscher Mentalitätsaufschichtung zu untersuchen. Er formuliert die These, dass es sich „in Ostdeutschland um eine gegenüber den westlichen Ländern eigentümliche radikale Rechte handelt, die sich langfristig formiert hat, nicht zuletzt im Zuge der Transformations- und Vereinigungsprozesse seit 1989/90.“ Kollmorgen benennt fünf Phasen, in denen sich seit 1990 Mentalitäts- und politische Kulturmuster aufschichteten, aus denen sich die aktuell hohe Zustimmung zu rechtspopulistischen Politiken speist. Damit liefert er eine historische Perspektive, die ein Verstehen der aktuellen politischen Herausforderungen in Ostdeutschland ermöglichen kann.

In jedem Falle bleibt zu berücksichtigen, dass sowohl die DDR als auch die BRD post-nationalsozialistische Staaten¹² waren und – neben Gemeinsamkeiten – sehr unterschiedlich mit der Verantwortung für die NS-Verbrechen umgingen. Auf die Persistenz und Langlebigkeit von Mentalitäten deuten Forschungsergebnisse, denen zufolge in Regionen, deren Einwohner_innen in der Gegenwart hohe Zustimmung zur AfD zeigen, bereits vor der Machtübergabe 1933 hohe Zustimmung zur NSDAP sichtbar war (Cantoni u. a. 2019).

Fazit

Der Artikel macht nachvollziehbar, warum es eine kritische und differenzierte Thematisierung von Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland braucht. Für das Vorgehen in der Rechtsextremismusforschung benenne ich sieben Kategorien, die im Sinne einer regionalspezifischen Mehrebenenanalyse in einem ersten Schritt jeweils für sich (und hier auch hinsichtlich ihrer historischen Genese) untersucht werden sollten. Das betrifft neben (0) sozioökonomischen Faktoren¹³ die Ebenen (1) Einstellungen, (2) Wahlverhalten, (3) Ausprägung rechter Gewalt, (4) demokratische Zivilgesellschaft, (5) Mobilisierungsfähigkeit (extrem) rechter Gruppen und die (6) historische Genese dominanter Alltagskulturen. Mit der Datenauswertung tritt die Frage nach den Interdependenzen der einzelnen Kategorien untereinander in den Vordergrund. Bezieht man diesen Vorschlag auf die Erforschung von Bedingungen, die zur eingangs beschriebenen Situation extrem rechter Dominanzbestrebungen in einer Gemeinde und Regionalschule in Südbrandenburg führten, würde dies verschiedene Faktoren und deren Bedingtheiten untereinander sichtbar machen. Letztere wären belastbar zu untersuchen erst in einer vergleichenden Perspektive mit maximalen und minimalen Kontrasten – zum Beispiel innerhalb der Region und des Bundeslandes sowie bundeslandübergreifend. In der Kategorie *Alltagskulturen* würde vertiefend gefragt nach der Genese und aktuellen Ausprägung von Schulkultur sowie Erziehungsstilen, aber auch nach der Kommunikationskultur innerhalb des Bildungswesens.

Um ossifizierende Zuschreibungen über den ‚Braunen Osten‘ und Entlastungen für ‚den Westen‘ zu verunmöglichen, bedarf es einer „Doppelspur der Kritik“ (Maurer 2012): Einerseits muss die „Ossifizierung“ (Heft 2018) mitsamt ihrer Funktion für ‚den Westen‘

realisiert, kritisiert und dieser entschieden entgegengetreten werden. Dazu gehört auch, sich solidarisch mit angegriffener demokratischer Zivilgesellschaft im Osten zu verhalten. Zudem braucht es eine systematische, angemessene und nachhaltige Unterstützung von Projekten der primären und sekundären Rechtsextremismusprävention. Die zivilgesellschaftliche Infrastruktur besonders in ländlichen Räumen Ostdeutschlands ist nach wie vor kaum ausgebaut. Gleichzeitig gilt es, das Problem der extremen Rechten im Osten *wie* im Westen zu analysieren und dieses in seinen Spezifika anzuerkennen und zu benennen. Dabei sind beide Großregionen zunächst binnendifferenziert anzuschauen – es gibt weder *den* Osten noch *den* Westen. Die extreme Rechte ist in bestimmten ländlichen Regionen wie etwa der Lausitz, der Sächsischen Schweiz oder Nordvorpommern sowie in Städten wie beispielsweise Chemnitz und Eisenach besonders stark und präsent. Einzelne Stadtteile in Leipzig sind ein Gegenbeispiel. Es existiert auch in Westdeutschland ein gravierendes Problem mit Rechtsextremismus in verschiedenen Ausprägungen und strukturellen Verortungen. So gibt es extrem rechte Gruppen und Hotspots zum Beispiel auch in Dortmund, im Aachener Raum, in der Region um den Edersee in Hessen, um nur einige zu nennen. Zu verweisen ist auch auf die deutlich gestiegenen Zustimmungswerte zur AfD bei den Landtagswahlen in Bayern und Hessen im Oktober 2023. Eine Kontrastierung von Ost/West muss auch im Blick haben, dass weder ‚der Osten‘ noch ‚der Westen‘ ökonomisch und sozial homogen sind – vielmehr leben dort jeweils sehr unterschiedliche Ost- und Westdeutsche und es hat Binnenmigration in beide Richtungen stattgefunden.

HEIKE RADVAN Erziehungswissenschaftlerin; seit Oktober 2024 Professorin für Rechtsextremismusforschung mit den Schwerpunkten Politische und kulturelle Bildung am Institut für Rechtsextremismusforschung der Universität Tübingen (IRex). Sie forscht und lehrt unter anderem zum Umgang mit extrem rechten Dominanzbestrebungen, regionalen Spezifika (extrem) rechter Erscheinungsformen und Ausprägungen zivilgesellschaftlicher Gegenwehr, Gender und Rechtsextremismus, Hochschulen im Umgang mit extrem rechten Einflussnahmen sowie Antisemitismus (in der DDR).

Endnoten

- 1 Mit der Formulierung ‚extrem rechts‘ orientiere ich mich an einer Definition, die eine Alternative zu topologischen Konzepten eröffnet, mit denen vereinfacht formuliert im sogenannten Hufeisenansatz oder in der Extremismustheorie bedrohliche politische ‚Ränder‘ und gleichzeitig eine ‚gute Mitte‘ der Gesellschaft konstruiert werden. Unter Rechtsextremismus wird die Gesamtheit von undemokratischen, antipluralistischen, geschichtsrevisionistischen und autoritaristischen Einstellungen, Verhaltensweisen, politischen Aktivitäten und Aktionen von (nicht-)organisierten Einzelpersonen und Gruppen gefasst, die eine Ungleichheit von Menschen proklamieren und entsprechende Macht- und Herrschaftsverhältnisse etablieren beziehungsweise verstärken (Jaschke

2001, 30; Virchow 2016, 13-17). Extrem rechte Ideologie legitimiert Gewalt, bereits die Vorstellung einer Ungleichwertigkeit von Menschen eröffnet entsprechende Anschlussflächen. Als zentrale Bestandteile der Ideologie des modernen Rechtsextremismus gelten Antisemitismus, Rassismus, Gadjé-Rassismus (der sich gegen Sinti_ zze, Rom_ nja und Jenische richtet), (Hetero-)Sexismus und Antifeminismus, ableism/Behindertenfeindlichkeit, Nationalismus, Ethnozentrismus, Sozialdarwinismus, Heteronormativität und Feindlichkeit gegenüber Trans*Personen. Diese Einstellungen und damit verbundene Formen von Diskriminierung werden überall in der Gesellschaft vertreten, sie sind nicht auf einen ‚rechten Rand‘ begrenzt.

- 2 Die Lehrer_innen wurden von Beginn an parteilich beraten und verlässlich unterstützt von den Fachberater_innen des Vereins Opferperspektive, Beratung für Betroffene rechter Gewalt im Land Brandenburg. Inwiefern eine systemische Beratung an der Institution Schule und dem betreffenden Gemeinwesen in einem Fall, wie dem hier geschilderten, sinnvoll ist und inwiefern ein Fokus auf die Absicherung eines positiven Images der Schule von fachlichen Überlegungen gedeckt ist, sollte Ausgangspunkt einer (selbst-)kritischen Analyse möglicher Fehler im Verlauf der Begleitung durch das Mobile Beratungsteam sein und konzeptionelle Fragen der Beratungsarbeit beinhalten.
- 3 Ich danke Christiane Leidinger für das fachliche Feedback zum Artikel, Michael Raab für die konkreten Hinweise zur Intersektionalen Mehrebenenanalyse.
- 4 In den 1990er Jahren gab es an vielen Orten der ehemaligen DDR rechtsextreme Mobilisierungen, Pogrome und Pogromversuche. Medial und im kollektiven Gedächtnis präsent sind die rassistischen Ausschreitungen in Hoyerswerda und in Rostock-Lichtenhagen, die sich gegen Vertragsarbeiter_innen der DDR und Sinti_ zze und Rom_ nja richteten. Neonazis versuchten auch in Westdeutschland vergleichbare Pogrome zu initiieren, das gelang ihnen – soweit wir bis heute wissen – ‚nur‘ in Mannheim-Schönau (Amadeu Antonio Stiftung 2022). In Solingen (Demirtas u. a. 2023) und Mölln verübten rechtsextreme Täter Brandanschläge, in deren Folge acht Menschen aus türkischen Einwandererfamilien starben. Eine Übersicht über rassistische Pogrome, Pogromversuche, Angriffe und Mobilisierungen in West- und Ostdeutschland der frühen 1990er Jahre findet sich in der Publikation *Jeder ist uns der Nächste*, herausgegeben vom Archiv für Sozialpolitik und Redaktion der konkret (1993).
- 5 Dies war auch eine Antwort auf die Fehler und Folgen der Anwendung des Ansatzes der akzeptierenden Jugendarbeit im Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt, das die Arbeit mit rechten Jugendlichen zwischen 1992 und 1996 förderte, und dessen Schwerpunkt auf Ostdeutschland lag. Damit sollten auch die dortigen Jugendhilfestrukturen aufgebaut werden (zuletzt Lindner 2023; Bruns/Lehnert 2023).
- 6 Es braucht hierzu weitere Forschung; im Fachdiskurs finden sich differente Angaben. So verweist Raj Kollmorgen (2022, 34) darauf, dass „ein beachtlicher Anteil der Führungskräfte rechtsradikaler Akteure auf Bundes- oder ostdeutscher Länderebene nach 1990 aus Westdeutschland [stammt]“. Die Rechtsextremismusexperten David Begrich und Friedemann Bringt warnen davor, den Einfluss rechter Funktionäre, die nach dem 9. November 1989 aus der damaligen Bundesrepublik kommend in Ostdeutschland agieren, zu überschätzen – und umgekehrt den Grad an Organisation und Ideologisierung sowie das Gewaltpotenzial von Neonazi-Gruppen in den letzten Monaten der DDR und den frühen 1990er Jahren zu unterschätzen. Sie verweisen darauf, dass es Missverständnisse beziehungsweise Anschlussprobleme in der Ideologiekommunikation gegeben habe (Begrich/Bringt 2008, 52-55). Zu berücksichtigen ist zudem, dass eine durchaus höhere Anzahl von Neonazis aus DDR-Gefängnissen freigekauft wurde und diese sich in Westdeutschland weiter ideologisierten und vernetzten. Nach dem 9. November 1989 gingen mehrere dieser Kader in die DDR zurück und beteiligten sich am Aufbau rechtsextremer Gruppierungen (Quent 2016, 105-107).
- 7 Beispielhaft sei auf die Forschung „Sozialraumanalysen zum Zusammenleben vor Ort“ (SoRA-ZO) hingewiesen, mit dem der Ansatz gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Sozialräume übertragen wurde, um selbstreflexive und demokratisierende Effekte in Gemeinwesen zu evozieren (Marth u. a. 2010, 61), auf vergleichende Fallanalysen im Bundesland Thüringen (Quent/Schulz 2015) oder auf stadtsoziologische Forschung im Themenfeld. Rainer Becker (2016, 447ff.) benennt sechs Spezifika, anhand derer sich die politische Kultur in sozialen und regionalen Nahräumen herausarbeiten ließe.
- 8 Anders als in der Intersektionalen Mehrebenenanalyse (Winker/Degele 2009) unterscheide ich nicht gesellschaftstheoretisch begründete konzeptionelle Ebenen (symbolische Repräsentationen, Strukturen und Identitätskonstruktionen), sondern in der politischen Analyse begründete Schwerpunkte.
- 9 Für Angaben auf Bundesebene vgl. www.bundestag.de/parlament/wahlen/ergebnisse_seit1949-244692; auf Landes- und kommunaler Ebene siehe www.tagesschau.de/wahlarchiv/chronologie.
- 10 Ich verdanke diesen Hinweis den Kolleg_innen Prof. Dr. Fabian Virchow und Prof.in Dr.in Christiane Leidinger.
- 11 Pegida ist eine Abkürzung der Organisation „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des

Abendlandes“, die zwischen 2014 und 2024 in Dresden antimuslimisch-rassistische und asylfeindliche Hetze verbreitete und deren Ziele als demokratiefeindlich und extrem rechts eingeordnet werden. Ausgehend von Dresden fanden in weiteren Städten in Ost- und Westdeutschland Demonstrationen mit vergleichbaren Inhalten statt, zum Teil mit geringerer Mobilisierung als in Dresden zwischen 2014 und 2017.

- 12 Für eine Auseinandersetzung zur Debatte über die DDR als postnationalsozialistische Gesellschaft, ihre Leerstellen und Funktionsweisen im Ost-West-Diskurs vgl. Heitzer u. a. 2021.
- 13 Sozioökonomische Faktoren sollten – wie auch die anderen Kategorien – ihrer Komplexität entsprechend inhaltlich ausdifferenziert und für den Vergleich operationalisierbar unterschieden werden. An dieser Stelle kann nur eklektizistisch verwiesen werden auf die Erhebung der Finanz- und Investitionslage der Kommune/Gemeinde/Region, der öffentlichen und sozialen Infrastruktur, der Strukturierung des Arbeitsmarktes, der Ausprägung sozialer Ungleichheiten etc.

Literaturverzeichnis

- Amadeu Antonio Stiftung (2010): „Das hat’s bei uns nicht gegeben!“ Antisemitismus in der DDR: Das Buch zur Ausstellung. Berlin: Amadeu Antonio Stiftung.
- Archiv für Sozialpolitik und Redaktion der konkret (Hg.) (1993): „Jeder ist uns der Nächste“. Dokumentation von ausländerfeindlichen und antisemitischen Übergriffen in den Jahren 1991 und 1992. Hamburg/Frankfurt/Main: konkret.
- ARD Kontraste (2023): Ganz normal: Rechtsradikal.
- Bangel, Christian (2023): „Da denkst Du doch nur: Ich geh jetzt. Ich geh jetzt sofort“. In: Die Zeit am Wochenende, 4/2023, 5.11.2023. URL: <https://www.zeit.de/campus/2023-11/ostdeutschland-politische-einstellung-rechte-junge-erwachsene>, aufgerufen am 25.11.2023.
- Bangel, Christian (2022): #baseballschlaegerjahre. Ein Hashtag und seine Geschichte(n). 2.12.2022. In: ApuZ, Rechte Gewalt in den 1990er Jahren. URL: www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/rechte-gewalt-in-den-1990er-jahren-2022/515769/baseballschlaegerjahre, aufgerufen am 23.11.2023.
- Becker, Reiner (2016): Wenn abstrakte Items auf die Wirklichkeit der Stammtische treffen. Die lokale politische Kultur als begünstigender Faktor für die Herausbildung von Rechtsextremismus. In: Wolfgang Frindte u. a. (Hg.): Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“. Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen. Wiesbaden: Springer VS, 443-461.
- Begrich, David/Friedemann Bringt (2008): Transformationsprozesse des (ost-)deutschen Neonazismus. Wirkungen für die extreme Rechte in der BRD. In: Heinrich-Böll-Stiftung/Kulturbüro Sachsen (Hg.): Gefährliche Liebschaften. Rechtsextremismus im kleinen Grenzverkehr, Schriften zur Demokratie 10. Berlin: Eigenverlag, 44-60.
- Bruns, Lucia/Esther Lehnert (2023): Zur Entpolitisierung von Männlichkeiten im Kontext des sozialpädagogischen Handelns mit rechten Jugendlichen Anfang der 1990er-Jahre. In: ZRex 2/2, 251-267.
- Cantoni, Davide u. a. (2019): Persistence and Activation of Right-Wing Political Ideology. In: Rationality and Competition Discussion Paper Series 143, CRC TRR 190 Rationality and Competition. URL: rationality-and-competition.de/wp-content/uploads/discussion_paper/143.pdf, aufgerufen am 15.4.2024.
- Decker, Oliver u. a. (2022) (Hg.): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus-Studie 2022. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Decker, Oliver/Elmar Brähler (2020) (Hg.): Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus-Studie 2020. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Demirtas, Birgül u. a. (2023) (Hg.): Solingen, 30 Jahre nach dem Brandanschlag. Rassismus, extrem rechte Gewalt und die Narben einer vernachlässigten Aufarbeitung. Bielefeld: transcript.
- DLF (Deutschlandfunk) (2023): Polizei ermittelt gegen Jugendlichen nach Anfeindungen gegen Lehrer. In: Deutschlandfunk, 19.7.2023. URL: www.deutschlandfunk.de/polizei-ermittelt-gegen-jugendlichen-nach-anfeindungen-gegen-lehrer-100.html, aufgerufen am 24.11.2023.
- Fröhlich, Alexander (2023): Hitlergruß, Hakenkreuz, rechte Musik: Verschwieg die Schulleitung in Burg rechte Vorfälle? In: Tagesspiegel Online, 28.4.2023. URL: www.tagesspiegel.de/potsdam/brandenburg/hitlergruss-hakenkreuz-rechte-musik-verschwieg-die-schulleitung-in-burg-rechte-vorfaelle-9732935.html, aufgerufen am 24.11.2023.
- Halpick, Silke/Kathleen Weser (2023): Rechtsextremismus an Schulen: Darum riskieren die Brandbrief-Lehrer von Burg ihre Jobs. In: Lausitzer Rundschau, 9.5.2023. URL: www.lr-online.de/lausitz/

- cottbus/rechtsextremismus-an-schulen-darum-riskieren-die-brandbrief-lehrer-von-burg-ihre-jobs-70561353.html, aufgerufen am 24.11.2023.
- Hef, Kathleen (2018): Brauner Osten. Überlegungen zu einem populären Deutungsmuster ostdeutscher Andersheit. In: *Feministische* 36/2, 357-366.
- Hef, Kathleen (2020): Kindsmord in den Medien. Eine Diskursanalyse ost-westdeutscher Dominanzverhältnisse. Opladen: Budrich Academic Press.
- Heitmeyer, Wilhelm (2002–2012) (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 1–10. Berlin: Suhrkamp.
- Heitzer, Enrico u. a. (2021) (Hg.): Nach Auschwitz: Schwieriges Erbe DDR. Plädoyer für einen Paradigmenwechsel in der DDR-Zeitgeschichtsforschung. Frankfurt/Main: Wochenschau.
- Jänicke, Christin/Benjamin Paul-Siewert (2017) (Hg.): 30 Jahre Antifa in Ostdeutschland. Perspektiven auf eine eigenständige Bewegung. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Janaschke, Hans-Gerd 2001 [1994]: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe. Positionen. Praxisfelder. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kahane, Anetta (2004): Ich sehe was, was du nicht siehst: Meine deutschen Geschichten. Berlin: Rowohlt.
- Kollmorgen, Raj (2022): Radikale Rechte als ostdeutsches Problem? Zur langen Kultur- und Gesellschaftsgeschichte des Rechtspopulismus in Ostdeutschland. In: *ApuZ* 72/49-50, 33-38. URL: www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/rechte-gewalt-in-den-1990er-jahren-2022/515774/radikale-rechte-als-ostdeutsches-problem, aufgerufen am 19.11.2023.
- Kubiak, Daniel (2022): Rechts sind die anderen. Diskursives Verdrängen von rechtsextremer Vergangenheit und Gegenwart in einer ostdeutschen Großstadt. In: *Berichte. Geographie und Landeskunde* 96/2, 112-131.
- Leder, Stella (2021): Meine Mutter, der Mann im Garten und die Rechten. Eine deutsch-jüdische Familiengeschichte. Berlin: Ullstein.
- Lessenich, Stephan (2012): Brauner Osten? Wie neulich mal wieder die DDR besiegt wurde. In: *PROKLA* 42/1, 107-112.
- Lindner, Stefanie (2023): Parallelen und Differenzen im Umgang mit extrem rechten Jugendlichen im Ost-West-Verhältnis. Eine machtkritische Analyse des Diskurses um die akzeptierende ugendarbeit und das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt. In: *ZRex* 3/1, 118-134.
- Marth, Julia u. a. (2010): Fremdenfeindlichkeit. Warum der lokale Kontext einen Unterschied macht. In: Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Deutsche Zustände, Folge 9. Berlin: Suhrkamp, 61-81.
- Maurer, Susanne (2012): ‚Doppelspur der Kritik‘ – Feministisch inspirierte Perspektiven und Reflexionen zum Projekt einer ‚Kritischen Sozialen Arbeit‘. In: Roland Anhorn u. a. (Hg.): *Kritik der Sozialen Arbeit – kritische Soziale Arbeit. Perspektiven kritischer Sozialer Arbeit*. Wiesbaden: Springer VS, 299-323.
- Oschmann, Dirk (2023): Der Osten: eine westdeutsche Erfindung. Berlin: Ullstein.
- Pauli, Ralf (2023): Noch mehr Hitlergrüße im Unterricht. In Brandenburg werden immer mehr rechtsextreme Vorfälle an Schulen dokumentiert. Das Ministerium appelliert an Lehrkräfte, Probleme zu melden. In: *taz*, 16.7.2023. URL: [taz.de/Rechtsextremismus-an-Schulen/15944792/](https://www.taz.de/Rechtsextremismus-an-Schulen/15944792/), aufgerufen am 24.11.2023.
- Quent, Matthias (2016): Sonderfall Ost – Normalfall West? Über die Gefahr, die Ursachen des Rechtsextremismus zu verschleiern. In: Wolfgang Frindte u. a. (Hg.): *Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“*. Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen. Wiesbaden: Springer VS, 99-117.
- Quent, Matthias/Peter Schulz (2015): *Rechtsextremismus in lokalen Kontexten*. Wiesbaden: Springer VS.
- Raab, Michael/Heike Radvan (2023): „Man muss lernen, sich zu bewegen“. Erfahrungen verschiedener Betroffenenengruppen mit rechter Dominanz in Cottbus. Handlungsstrategien und Umgangsweisen. In: Gideon Botsch u. a. (Hg.): *Rechte Gewalt in Brandenburg*. Berlin: be:bra, 347-378.
- Radvan, Heike (2023): Rechtsextremismusforscherin Radvan zu Schulvorfällen in Burg – „Es gibt Milieus, in denen das rechte Weltbild an die Kinder weitergegeben wird“. Interview von Simon Wenzel in *rbb* 24, 28.4.2023.
- Radvan, Heike (2022): Interventionsmöglichkeiten in Stadtgesellschaften in Zeiten extrem rechter Mobilisierung. In: Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des Vereins zur Förderung der Bildung – VFB Salzwedel (Hg.): *Niemanden zurücklassen. Herausforderungen und Chancen für Kommunen in Zeiten gesellschaftlichen Wandels*. Salzwedel: Eigenverlag, 22-30.
- RBB (2023): Kampf gegen Rechtsextremismus: Lehrer aus Burg erhalten Preis für Zivilcourage. In: *RBB Rundfunk Berlin-Brandenburg*, 3.7.2023.
- Rommelspacher, Birgit u. a. (2003): Die Evaluation des CIVITAS-Programms. In: Heinz Lynen von Berg/Roland Roth (Hg.): *Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet. Aufgaben, Konzepte und Erfahrungen*. Wiesbaden: Springer VS, 51-76.
- Schiller, Sebastian/Nico van Capelle (2023): Interview mit einer Lehrkraft zu rechten Vorfällen an Lausitzer Schule. „Das größte Problem ist, dass Straftaten begangen werden und weggesehen wird“.

- In: rbb 24, 27.4.2023.
- Schönborn, Lea (2023): Rechtsextremismus an Schulen: Wenn Nazis auf der Schulbank sitzen.
In: Zeit Online, 11.5.2023. URL: www.zeit.de/gesellschaft/schule/2023-05/rechtsextremismus-schule-burg-brandenburg, aufgerufen am 24.11.2023.
- Virchow, Fabian (2016): „Rechtsextremismus“: Begriffe, Forschungsfelder, Kontroversen.
In: Alexander Häusler u. a. (Hg.): Handbuch Rechtsextremismus. Wiesbaden: Springer VS, 5-41.
- Weser, Kathleen/Bodo Baumert (2023): Rechtsextremismus an Schulen: Jetzt spricht einer der Brandbrief-Lehrer aus Burg im Spreewald. In: Lasitzer Rundschau, 2.5.2023. URL: www.lr-online.de/lausitz/cottbus/rechtsextremismus-an-schulen-jetzt-spricht-einer-der-brandbrief-lehrer-aus-burg-im-spreewald-70503425.html, aufgerufen am 24.11.2023.
- Winker, Gabriele/Nina Degele (2010) (Hg.): Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten. Bielefeld: transcript.
- ZDF Heute (2023): Burg in Brandenburg: Nach rechtem Hass: Lehrer verlassen Schule.
In: ZDF, 13.7.2023.
- Zeit Online (2023): Nach rechten Vorfällen an Spreewald-Schule neue Leitung.
In: Zeit Online, 23.8.2023. URL: www.zeit.de/news/2023-08/23/nach-rechten-vorfaellen-neuer-schulleiter-an-schule-in-burg, aufgerufen am 24.11.2023.



Copyright: © 2025 The Author(s)

